

# **LINKE** **DEPESCHE**

mit Nachrichten aus dem Erfurter Rathaus

06/2008

**DIE LINKE.**

INFORMATIONSBLATT DES STADTVERBANDES ERFURT



**Wir haben  
an Ansehen  
gewonnen –  
jetzt heißt  
es, das  
Vertrauen  
durch gute  
Politik zu  
rechtfertigen**

Der erste Parteitag unserer Partei DIE LINKE in Cottbus hat gezeigt, dass wir uns auf einem guten Weg befinden. Viele neue Mitglieder dürften ein augenscheinlicher Beweis dafür sein, dass ein beträchtlicher Teil unserer Bevölkerung erkannt hat, dass sich die Politik unserer Partei auf die Probleme der Bürger unseres Staates orientiert.

Nicht zu übersehen war die große Schar von Journalisten aus dem In- und Ausland. Natürlich hatten die Vertreter der konservativen Blätter und Fernsehstationen gehofft, dass dieser Parteitag von Zank und Streit geprägt sein würde – sie hatten leider Pech.

Selbstverständlich wurde auch kri-

tisch über die Lösung von Problemen diskutiert. Patentlösungen gibt es auch für DIE LINKE nicht. Aber gerade das Beraten im großen Kreis ermöglicht es, wichtige Mosaiksteine zu sammeln, die ein ordentliches Bild ergeben.

Nicht zu übersehen war, dass ehemalige WASG- und PDS-Mitglieder inzwischen in einem kameradschaftlichen Verhältnis zusammenarbeiten. So manches störende Problem von gestern wurde überwunden, man kann heute einander zuhören und scheut sich auch nicht mehr, seine eigenen Vorstellungen zu äußern. Kurzum: Der Parteitag hat sein gestecktes Ziel erreicht!

(Mehr auf Seite 3)

## **Ein Land im Wandel**

lautet das Thema des Deutsch-Russischen-Stammtisches am 12. Juni um 19.00 Uhr in der Kleinen Synagoge. Das Ehepaar Wolf aus Münster weilte im Sommer zwei Wochen in Georgien und wird in Wort und Bild berichten, was es während dieses Aufenthaltes erlebt, gesehen und erfahren hat.

Veranstalter ist die Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft in Thüringen e. V. Der Eintritt ist frei.

## **DIE LINKE Gottes**

Auf Grund vielfältiger Diskussionen und Fragen innerhalb unserer Basis führen wir am Freitag, dem 06.06.08, um 18:00 Uhr in der Kleinen Synagoge, Stadtmünze, eine Diskussionsveranstaltung mit der evang. Pröbstin Frau Elfriede Begrich und Bodo Ramelow zu dieser Problematik durch. Wir hoffen, dass wir hier gemeinsam über diese wichtige und interessante weltanschauliche Fragestellung sprechen können.

## **Gregor Gysi hat unsere volle Unterstützung**

In unerträglicher Art und Weise wird wieder einmal Hexenjagd auf DIE LINKE und ihr prominentestes Gesicht, Gregor Gysi, gemacht. Nach der Methode "Haltet den Dieb!" werden erneut alte, nicht bewiesene Kamellen hervorgekratzt und neu aufgewärmt. Der Stadtverband DIE LINKE. Erfurt verurteilt diese Machenschaften auf's Schärfste und erklärt sich solidarisch mit dem Genossen Gregor Gysi. Siehe hierzu auch die Sonderbeilage in dieser Ausgabe

# Thüringer Abgeordnete waren Gäste in Brüssel

Vom 14. - 16. Mai 2008 besuchte der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Thüringer Landtags das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission in Brüssel.

Neben den Abgeordneten der CDU (5), der LINKEN (3) und der SPD (1) haben auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, der Landtagsverwaltung sowie des Thüringer Justizministeriums an der Reise teilgenommen.

Im Mittelpunkt standen u. a. ein Gespräch mit dem Europaparlamentarier Dr. Lutz Goebel zur Fortführung von Agrarsubventionen für die neuen Bundesländer sowie mit den Thüringer Abgeordneten im Europaparlament Gabi Zimmer, Rolf Behrend und Dr. Dieter Koch zu Fragen des Lobbyismus im Europäischen Parlament und der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages.

Im Rahmen der Diskussion zum Reformvertrag der EU hat Gabi Zimmer nochmals die kritische Haltung der LINKEN zu diesem Vertragswerk als "Nachfolger" des EU-Verfassungsentwurfes dargestellt. Dabei betonte sie, "dass DIE LINKE nicht eine Entwicklung hin zu einem gemeinsamen Europa ignoriert oder ablehnt, nein, sondern die mangelhafte Ausgestaltung sozialer und kultureller Rechte von EU-Bürgerinnen

und -Bürgern, verbunden mit der nicht eindeutigen Abkehr von Militarisierungsbemühungen sind es, die DIE LINKE zur Ablehnung dieses Reformvertrages zwingt".

Jörg Kubitzki, der europapolitische Sprecher der Landtagsfraktion, hatte schon im Vorfeld bei seiner Rede zur EU-Politik im Thüringer Landtag diese Problematik scharf kritisiert.

Darüber hinaus hat der Ausschuss aktuelle Sachthemen wie Migrationspolitik, die Richtlinien für schadstoffarme Fahrzeuge und die EU-Strukturpolitik von 2007 bis 2013 aufgegriffen und diskutiert. Mit Blick auf das Ende der Ziel-1-Förderung für die neuen Bundesländer ab 2013 fordern die Ausschussmitglieder fraktionsübergreifend zwingend Übergangsfristen bei der Abschmelzung bzw. Einstellung europäischer Fördermittel.

Zusammenfassend kann man feststellen: Schon heute bestimmt Europa durch entsprechende Entscheidungen den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Dennoch ist es notwendiger denn je, diese Prozesse für den Bürger offener, transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten.

Dies ist und bleibt Aufgabe der Landespolitik.

*André Blechschmidt*

## Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen"

Bis zum 28. Mai unterschrieben 6.666 Erfurterinnen und Erfurter das Volksbegehren für "Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen".

Doch in den verbleibenden Tagen bis zum 19. Juli will das Bündnis in Erfurt mindestens noch weitere 10.000 Unterschriften sammeln. Dies aber erfordert sehr viel persönliches Engagement und auch die Unterstützung durch jeden einzelnen von Euch!

Gerade erst führte das Bündnis mehrere Aktionstage in Erfurt durch. So erreichte am 29. und 30. Mai 2008 der weiße Omnibus für Mehr Demokratie vor dem Anger 1 die Aufmerksamkeit der Bürger. Unterstützt durch zahlrei-

che Helfer konnten wir dabei viele Unterschriften sammeln. Auch die acht Meter hohe aufblasbare Kommunalverfassung zog am 02.06.08 viele Blicke auf sich und Bürger zu den Unterschriftenlisten. Dennoch können wir aber die Hände nicht in den Schoß legen, wir brauchen noch viele ähnliche Aktionen überall in der Stadt und nicht nur am Anger, wo Helfer des Bündnisses montags bis freitags zwischen 14.00 und 18.00 Uhr sowie sonabends von 10.30 Uhr bis 13.00 Uhr mit einem Stand Unterschriften sammeln.

Wer mehr wissen will: Internet unter [www.thueringen.mehr-demokratie.de](http://www.thueringen.mehr-demokratie.de)

*Renate Herrmann*

**Ordnung muss sein!** Was der Chef sagt, wird gemacht! Im Falle Kuba heißt das: Wenn nicht geschieht, was wir wollen, dann gibt es "Strafmaßnahmen", die erst dann aufgehoben werden, wenn es dem USA-Präsidenten gefällt. Auf alle Fälle sieht Bush gegenwärtig "keine positiven Veränderungen" in Kuba. Dass man dort jetzt Computer und Mobiltelefone kaufen könne, seien "leere Gesten". Und was Raul Castro eingeleitet habe, sei kein Wandel. Ergo bleiben die "Strafmaßnahmen" bestehen.

Es ist schon über 30 Jahre her,

### Also, sprach der Herr . . .

dass die "Menschenrechtler" diesseits und jenseits des großen Teiches verkündeten, dass den "kommunistischen Staaten" keinerlei technische Anlagen und Erzeugnisse verkauft werden dürfen. Und Nahrungsmittel nur noch gegen "harte Währung". Embargo heißt das. Woher hätte Kuba also Computer und sonstige Spitzentechnik bekommen sollen? Knobelten doch die Bruderländer (mit Verspätung!) gerade an den ersten mikroelektronischen Geräten. Wer "Mangelwirtschaft" erlebt hat, wird sicherlich zugeben, dass ein fehlender Computer nicht der größte Mangel im Haushalt ist. Kuba braucht seit Jahren verstärkte Maschinen, Lastwagen, Traktoren oder zumindest Ersatzteile dafür, um die Wirtschaft wieder in Schwung bringen zu können. Aber das alles wird Kuba erst dann bekommen, wenn es dem Sozialismus abschwört und alle "Castros" zum Teufel jagt.

Doch bis dahin "gibt es überhaupt keine Änderung" sagt der Präsident, der auch anderweitig in der Welt dafür sorgt, dass die Menschen weder Computer noch Funktelefone zu kaufen bekommen. Von notwendigen Lebensmitteln ganz zu schweigen.

Was dabei auffällt: Warum ist das für die Menschenrechtsorganisationen kein Thema? Es kann doch wohl nicht sein, dass eine einzelne Figur bestimmen kann, was gut und was schlecht für ein Land und seine Bevölkerung ist . . .

*H. K.*

# Wir Erfurter sagen: Der Parteitag war ein Erfolg!

Cottbus – eine kleine Stadt im Brandenburgischen – hatte sich anlässlich des ersten Parteitages der DIE LINKE schön gemacht. Die Stadt erweckte auf mich einen einladenden und zum länger Verweilen anregenden Eindruck.

Das Wetter passte auch; die Sonne schien und so konnte ein im Vorfeld durch die Medien oft kritisch und spitz gesehener erster Parteitag beginnen.

sogenannten etablierten Parteien Themen, wie Mindestlohn, Rente und Armut, wieder in den Fokus ihres Handelns nehmen.

"Links wirkt" ist auf allen Ebenen zu konstatieren.

Der Leitantrag, der durch den Parteivorstand vorgelegt wurde, wurde mit einigen Änderungen angenommen. Ausgangspunkt ist, dass mit diesem Antrag politische



Der Veranstaltungsort - die Cottbuser Messehalle – bot für die weit über 500 Delegierten aus ganz Deutschland sowie die zahlreich anwesenden Gäste und Journalisten ein hervorragendes Arbeitsklima.

Empfangen wurden wir am Sonnabendmorgen nach einer typisch sorbischen Tradition mit Brot und Salz. Dies ließ hoffen, dass die bevorstehenden Diskussionen zu dem Leitantrag, aber auch zu den Wahlen eines neuen Parteivorstandes sowie der dazu gehörigen Bundesfinanzkommission und Bundeschiedskommission unter einem guten Stern stehen.

Die Parteivorsitzenden Lothar Bisky sowie Oskar Lafontaine machten in ihren Reden nochmals deutlich, dass sich mit der Gründung der Partei DIE LINKE vor gut einem Jahr die politische Parteienlandschaft grundlegend gewandelt und die linken Forderungen, die wir als Partei stellen, immer mehr Gehör in der Gesellschaft finden.

Ausdruck dafür ist u.a., dass die

Pfeiler in Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2009 eingeschlagen wurden.

Die Zeit für Diskussionen war wie immer, wenn eine Vielzahl von Wahlgängen ansteht, viel zu kurz. Aber aus Thüringer Sicht konnten im Zuge der Diskussion zu dem Leitantrag Bodo Ramelow, Margit Jung sowie Ursula Monnes ihre Standpunkte darlegen.



Die Wahl des Bundesvorstandes lief meiner Auffassung nach reibungslos. Eine Vielzahl von Genossinnen und Genossen stellten sich zur Wahl. Auch hier haben wir aus Thüringer Sicht gute Erfolge zu verzeichnen. Mit Bodo Ramelow, Kersten Naumann und Gudrun Lukin sind wir in dem 44köpfigen Parteivorstand sehr gut vertreten.

Ein wenig Aufregung und natürlich auch viel Pressepräsenz erfuhr die Diskussion um die Thematik Familienpolitik und familienpolitische Standpunkte der Partei DIE LINKE. Ursache dafür war, dass das durch die Genossin Christa Müller, Landesverband Saar, vorgelegte Papier zum Thema Erziehungsgehalt für eine Vielzahl von Landesverbänden in Deutschland nicht akzeptabel ist. Als positiv ist festzustellen, dass aus sechs vorgelegten unterschiedlichen Anträgen zur Familienpolitik eine einheitliche Positionierung erarbeitet und von den Parteitagsdelegierten mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.



Ein Wehrmutstropfen allerdings bleibt: Auch hier gab es keine inhaltlich ausreichende Diskussion. Ich bin der Auffassung, dass wir uns als Stadtverband Erfurt stark machen und ein eigenständiges Diskussionsforum oder eine Konferenz beim Bundesvorstand einfordern sollten. Diesen Vorschlag müssen wir mit dem Landesvorsitzenden und dem Landesvorstand bereden. In der Stadtvorstandssitzung am kommenden Donnerstag werde ich dies als Beschluss einbringen.

(Mehr unter: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de))

Karola Stange

(Fotos: J. Spilling (2), F. Przewosnik)

# Erfurter LINKE stellt die Weichen für 2009

Nicht einmal knapp ein Jahr nach der Gründung des Stadtverbandes der LINKEN Erfurts beschloss der Stadtvorstand am 15.05.2008 seine Leit- anträge mit den Schwerpunktauf- gaben für die Bundestagswahl 2009, die Europawahl, Landtags- und Kom- munalwahl erfolgreich vorzubereiten. Dazu gehören die Kampagnen der Linken, um soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und die weitere Mili- tarisierung der Innen- und Außen- politik zu stoppen.

Die LINKE sieht ihre Rolle darin, das politische System zu massiven politi- schen Korrekturen zu zwingen. Diese notwendigen Veränderungen der Politik werden die Hauptforderungen des Wahlprogrammes bilden und als Themen unsere Wahlkampagne prä- gen (Mindestlohn, Kampf gegen Hartz IV, Afghanistan).

Unsere Ziele sind:

- Unseren Beitrag zum er- folgreichen Abschneiden der LINKEN bei der Wahl in das Europa- und Bundesparla- ment zu leisten. Dabei wer- den 30% der Stimmen in Erfurt angesteht.
- Die Erringung des Bundes- tagsdirektmandates.
- Bei der Landtagswahl 2009 das Ergebnis von 2004 zu überbieten, um unseren Bei-

trag für einen politischen Richtungswechsel zu mehr Demokratie und sozialer Ge- rechtigkeit in Thüringen zu leisten.

- Die Erringung der vier Land- tagsdirektmandate in quo- tierter Aufstellung.
- In Erfurt zur Kommunalwahl mehr als 30% der Stimmen zu erreichen, um so unsere kommunalpolitische Prä- senz zu stärken und die stärkste Fraktion im Erfurter Stadtrat zu stellen.
- In jedem Ortschaftsrat zur weiteren kommunalpoli- tischen Verankerung vertre- ten zu sein.

Der Stadtverband Erfurt hat zur Planung, Vorbereitung und Durch- führung des Wahlkampfes zu den Wahlen im Jahr 2009 ein Stadt- wahlbüro gebildet.

Zum Leiter des Stadtwahlbüros wur- de Günter Feicht berufen. Als Stell- vertreter fungieren Frank John und Falk Przewosnik.

Grundlage der Arbeit des Stadtwahl- büros sind die Beschlüsse des Stadt- vorstandes vom 15.03.2008 und 31.03.2008 über die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Wahlen, sowie über die personelle Vorbereitung der Wahlen, der Wahl-



Günter Feicht (Foto: R Duddek)

strategie für das Jahr 2009 und alle weiteren Beschlüsse des Stadtvor- standes und des Stadtverbandes. Bei allen vier Wahlen muss aktiv um jede Stimme gekämpft werden. Die LINKE Erfurt will eine andere Politik, die sich an den Interessen und Be- dürfnissen der Menschen orientiert. Darum führen wir einen offensiven Wahlkampf für eine **Änderung der Politik** von CDU in Bund, Stadt und Land sowie der Bundespolitik der SPD.

Die Politik der Thüringer SPD und der Grünen werden wir daran mes- sen, ob sie einen wirklichen Rich- tungswechsel weg vom neoliberalen Konzept der CDU wollen.

*Günter Feicht  
Stadtwahlbüro DIE LINKE Erfurt*

## Wir haben eine große Chance!

Selbst unsere heftigsten Gegner kommen nicht mehr umhin, die Existenz der LINKEN anzuerkennen. Nach den Landtagswahlen in Schles- wig-Holstein war im Teletext sogar von einem "sensationellen Ergebnis" die Rede.

Der Grund dafür ist, dass unsere Par- tei die Ursachen der gegenwärtigen Politik offen bekannt macht und We- ge darlegt, wie die Lage der Bundes- bürger verändert werden kann.

Von den einstigen Versprechen der Regierenden ist nicht geblieben. Die Preise steigen, die Steuern auch, die Armut nimmt zu und die Unzufrie- denheit ebenfalls. Kurzum: Das Volk hat die Nase voll!

Natürlich sind die Wähler der Linken damit noch lange keine Sozialisten, aber sie erkennen, dass es eine Partei gibt, die sich um sie kümmert.

Und denen wollen und müssen wir im nächsten Jahr ein Programm anbie- ten, in dem sich ihre Probleme wider- spiegeln. Und wir müssen dafür Kan- didaten gewinnen, die in der Lage sind, diese Ziele auch zu verwirk- lichen. Auf gut Deutsch: Wir brau- chen Leute, die das Wissen und Können dafür haben.

Leicht ist das nicht, aber durchaus machbar. Mit entsprechenden Ge- sprächen müssen wir schon morgen beginnen, auch mit Bürgern, die mit unserer Partei sympathisieren.

Dazu gehört aber auch, dass wir uns schon Gedanken darüber machen, mit wem wir in den Wahlkampf zie- hen. Es sind Bürgergespräche zu or- ganisieren, Plakataktionen durchzu- führen, Infostände zu besetzen, Flugblätter zu verteilen usw. Jedes Mitglied sollte sich schon heute über- legen, was er kann und tun möchte; schließlich wissen wir ja selbst am Besten, dass die Masse von uns nicht mehr zu den Jüngsten gehört.

Uns erwartet also viel Arbeit, aber wir haben die große Chance, die bevor- stehenden Wahlen zu unseren er- folgreichsten zu machen. Das sollte uns allen Ansporn sein. Lasst uns also beginnen!

*K. H.*

## Frau Neubert hat ein Problem

Da sollte Gregor Gysi im Rahmen einer Vortragsreise auch im Erfurter Rathaus Station machen und sich dabei in das Goldene Buch der Stadt eintragen. Dass es darob Ärger geben würde, war zu erwarten.

In den Tageszeitungen vom 22.05.2008 wurde die Auffassung der Beauftragten für die Stasiunterlagen in Erfurt, Frau Neubert, zur Eintragung von Gregor Gysi ins Goldene Buch der Stadt Erfurt veröffentlicht.

Sinngemäß führte sie wohl aus, dass das einer Stadt nicht zustehe, die sich an den Kosten eines Stasi-Museums nicht beteiligt.

Wohlweislich unterließ sie dabei zu erwähnen, wie teuer die Errichtung und Unterhaltung eines solchen Gebäudes, einschließlich der Bewirtschaftung ist. Regelmäßig werden die bereits vorhandenen Museen und Einrichtungen bei der Bereitstellung dringend erforderlicher Mittel beschnitten, ganz zu schweigen von den Einschnitten im sozialen Bereich.

Die Neuerrichtung eines solchen Mu-

seums muss so lange verhindert werden, solange die Stadt in anderen wesentlich wichtigeren Bereichen Einsparungen vornehmen muss.

Rolf Rebhan

## Angst vor der eigenen Courage?

Kürzlich erhielt unsere Fraktions-Geschäftsstelle folgende Mail der Stadtverwaltung:

*Sehr geehrte Beigeordnete, sehr geehrte Fraktionsvorsitzende, mit Schreiben vom 23. Mai 2008 teilte die Erfurt School of Public Policy mit, dass die Gastvortragsreihe mit Herrn Dr. Gregor Gysi nicht wie geplant im Festsaal des Rathauses, sondern in der Universität Erfurt stattfindet.*

*Die Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Erfurt mit Herrn Dr. Gregor Gysi findet somit nicht statt.*

*Mit freundlichen Grüßen  
XXXXXXXXXXXXXX*

*Stadtverwaltung Erfurt  
Hauptamt*

*SG Protokoll/Internationale Verbindungen*

## Bald besser zum Zoo

### Anfrage von Karin Landherr:

Es gibt unterschiedliche Darstellungen zur Verkehrsführung zwischen Stotternheimer Straße und Zoopark nach der Verlegung des Haupteinganges.

1. Gibt es Beschwerden der Bewohner des Roten Bergs zur Mehrbelastung durch Zoobesucher?
2. Sind die Verkehrswege ausreichend für die Besucher des Zooparks?
3. Wenn ja, warum soll aufwendig eine Straße neu gebaut werden?
4. Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten?

**Antwort:** Beschwerden aus dem Wohngebiet sind bisher keine bekannt. Allerdings ist die provisorische Verkehrsführung zu dem Parkplatz am neuen Haupteingang des Zooparks durch das Wohngebiet noch kein Jahr in Betrieb, insbesondere noch keine Sommersaison. Somit ist diese Feststellung nicht unbedingt repräsentativ.

Die Verkehrswege durch das Wohngebiet zu den von den Zooparkbesuchern genutzten Parkplätzen sind leistungsfähig und somit ausreichend. Allerdings erfolgt die Verkehrsführung durch ein Wohngebiet und ist damit potentiell störend. Außerdem ist die gegenwärtige Verkehrsführung über die Autobahn A 71 für Besucher sehr unständig und nicht attraktiv.

Die neue Verbindungsstraße erschließt nicht nur die Parkplätze im Bereich des neuen Haupteinganges des Zooparks direkt von der Stotternheimer Straße aus. Sie schafft für die EVAG die Voraussetzung für die wichtige Verknüpfung zwischen den Buslinien 30 und 26 sowie der Stadtbahnlinie 5 im Bereich der vorhandenen Wendeschleife. Es entsteht eine Direktverbindung per Bus von Stotternheim und der Sulzer Siedlung in das Rieth. Der neue Haupteingang des Zooparks wird durch Bushaltestellen direkt erschlossen. Durch die neue Verkehrsführung wird der Parallelverkehr Stadtbahn/Bus zwischen dem Zoopark und der Grubenstraße ausgebaut. Die EVAG erreicht dadurch eine jährliche Einsparung von ca. 200 000 €. Der Stadtbahntakt in Richtung Innenstadt am neuen Verknüpfungspunkt Zoopark ist der gleiche, wie an der gegenwärtigen Haltestelle Grubenstraße. Somit verschlechtern sich die Umsteigebeziehungen vom Bus zur Stadtbahn nicht.

Die Entwurfsplanung für die neue Verkehrslösung soll Ende Mai abgeschlossen werden. Dann liegt auch eine tragfähige Kostenschätzung vor. Im Nachgang wird dann der städtische Anteil mit den Fördermittelgebern abgestimmt.

## Damit das Einkaufen erleichtert werden kann

### Hintergrund:

Die Edeka-Kaufhalle Mühlhäuser Str. wird besonders von in dieser Wohngegend sehr zahlreichen älteren Kundschaft aufgesucht. Die Kaufhalle ist aber nicht barrieregerecht ausgebaut und auf Grund der nicht möglichen (keine Genehmigung!) maßgeblichen Erweiterung schwer für ältere Bürger und Menschen mit Behinderungen nutzbar. Diese Kaufhalle ist aber die einzige Alternative im Wohngebiet.

Da durch den geplanten Wohnungsbau im Gebiet "Universitätsgarten" weitere Bürger in diesem Wohngebiet wohnen werden, stellt sich damit folgende Frage:

Ist eine Erweiterung der Kaufhalle in irgendeiner geeigneten Größe möglich und wenn ja, wie?

Brigitte Richter

### Antwort

Um dem Kundenwunsch zur Auslagerung der Getränke zu entsprechen, gleichzeitig aber das städtebauliche Planungsziel des Gebietes

zu wahren, wurde im Bebauungsplan ANV 560 "Wohnen am Universitätsgarten" eine überbaubare Grundstücksfläche zur Möglichkeit der Einordnung eines Getränkemarktes im Wohngebiet WA 8 festgesetzt.

Nach Rechtskraft des Bebauungsplanes besteht dann für den Vorhabensträger die Möglichkeit, einen entsprechenden Laden, der in allgemeinen Wohngebieten nach § 4 Abs.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zulässig ist, zu realisieren. Die bauliche Ausbildung der Einzelhandelseinrichtung (die Kaufhalle ist nicht barrierefrei ausgebaut) bzw. die Beseitigung bestehender baulicher Mängel im Inneren des Marktes ist ein betriebsorganisatorisches Problem und nicht im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ANV 560 regelbar. Die angesprochenen Probleme werden deshalb durch den kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen dem Vorhabensträger übermittelt.

## Vor 50 Jahren: Gründung der iga Erfurt

Am 1. Juni 1958 wurde, entsprechend einer Empfehlung der Arbeitsgruppe für ökonomisch-technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit des RGW der Regierung der DDR empfohlen, die "Internationale Gartenbauausstellung der sozialistischen Länder durchzuführen, die "Internationale Gartenbauausstellung (iga) der Deutschen Demokratischen Republik" gegründet.

Dies bedeutende Ereignis war für die Leitung der Thüringer Freizeit und Bäder GmbH Anlass, eine Ausstellung unter dem Titel: **"Aufbruch – 50 Jahre iga Gründung"** in das Veranstaltungsprogramm 2008 aufzunehmen.

Ehemalige iga/ega Mitarbeiter, die bereits im Ruhestand sind wurden gebeten entsprechende Recherchen durchzuführen. Angesprochen wur-



den: Wolfgang Kujath, Alfred Hüttig, Egon Ehlers und Marlies Rosenberger. Für diese vier kam die Anfrage völlig überraschend, aber sie sagten, ohne das geringste Zögern zu. Diese Gruppe, welche sich spontan AG 50 benannte, bat dann noch Gunar Franke, den letzten Chefarchitekten der iga, um Mitarbeit.

Von der AG, in welcher auch der Kustos des Stadtmuseums Harald Baum ist, wurden nicht nur Recher-

chen durchgeführt sondern letzten Endes auch das Drehbuch für die Tafelausstellung erarbeitet.

In der Tafelausstellung wird hervorgehoben, dass die Wahl auf Erfurt auf Grund der langjährigen Gartenbautradition fiel. Auch auf vorangegangene Gartenbauausstellungen in Erfurt und auf dem Cyriaksgelände wird aufmerksam gemacht.

Dem neuen Aufbau des Geländes nach 1945 und der Rolle des damaligen OB Georg Boock ist eine Tafel gewidmet.

In der Anordnung über die "Internationale Gartenbauausstellung der Deutschen Demokratischen Republik" sind nicht nur die Gründung mit Wirkung vom 1. Juni 1958 benannt sondern auch die Aufgaben wie:

Die erste Internationale Gartenbauausstellung der sozialistischen Staaten in Erfurt 1961 vorzubereiten und durchzuführen.

Dies zeigt dann auch diese Tafelausstellung: Die Arbeit von der Gründung bis zur Eröffnung der "iga 61". Die Planung und Gestaltung des Geländes unter Leitung des Chefarchitekten Prof. Dr. Reinhold Lingner und des ersten Direktors Helmuth Lehmann.

Unter der Aussage "Erfurterinnen und Erfurter helft mit" werden die vielen freiwilligen Einsätze der Erfurter beim Aufbau der iga gewürdigt.

Es wird hervorgehoben, in welcher kurzer Zeit und unter schweren Bedingungen eine Vielzahl von Baumaßnahmen durchgeführt wurden. Wie viele Pflanzflächen neu angelegt wurden.

Mit dieser kleinen Ausstellung, welche in der Empfangshalle des ega-Parkes seit dem 23.05.2008 präsentiert wird, sind die bewegenden Momente zwischen Beschluss und Eröffnung dokumentiert.

*Marlies Rosenberger*

## Thema der Zukunft: Generationsübergreifendes Wohnen

Das Thema generationsübergreifendes Wohnen soll nach Auffassung der sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Erfurter Stadtrat, Karola Stange, mehr in das Blickfeld der Verwaltung sowie der Erfurter Akteure vor Ort genommen werden. Ausschlaggebend für die zur Beratung anstehende Stadtratsvorlage ist u.a. auch die demographische Entwicklung in der Stadt.

"Im Jahr 2030 sind nach Berechnungen ca. 30 % der Erfurterinnen und Erfurter über 65 Jahre alt. Das heißt", so Karola Stange, "wir müssen uns heute so schnell wie möglich mit allen Erfurter Akteuren – sprich den Wohnungsunternehmen, den Sozialverbänden und -vereinen, dem Senioren- und Behindertenbeirat – an einen Tisch setzen und unsere gemeinsamen Vorstellungen entwickeln, wie langfristig der Mehrbedarf an barrierefreiem, altersgerechtem und bezahlbarem Wohnraum gedeckt werden kann".

Karola Stange äußerte weiter: "Ich weiß, dass sich die Mehrzahl der in Erfurt ansässigen Wohnungsunternehmen sowie der Seniorenschutz-

bund, aber auch andere Vereine und Verbände mit generationsübergreifendem Wohnen intensiv befassen.

Aus diesem Grunde sollte eine belastbare Bestands- und Bedarfsanalyse über altersgerechten Wohnraum vorgelegt werden, die bis September 2008 durch den Oberbürgermeister auf den Weg gebracht werden müsste".

Generationsübergreifendes Wohnen ist eine Herausforderung, der sich auch die Stadt Erfurt stellen sollte.

"Wir müssen versuchen, neue innovative Wohnkonzepte und Ideen, wie es sie in anderen Städten gibt, auch in Erfurt umzusetzen. Das Modell 'Wohnen im Klassenzimmer', wie es die Stadt Suhl bereits in Angriff genommen hat, könnte ich mir auch gut in Erfurt vorstellen", so Karola Stange.

Das heißt, eine alte, zurzeit nicht mehr genutzte Plattenbauschule wird umgestaltet zu Wohnungen für Mehrgenerationen.

Pläne dazu wurden vorgelegt; nun heißt es, diese gemeinsam in Erfurt auf den Weg zu bringen.

*K.S.*

## Wohnbebauung auf dem Gelände ehemaliges Freibad Stotternheim

Mit der Aufgabe des Badebetriebes im Freibad Stotternheim, was ich persönlich bedaure, wurde von der Thüringer Projektgesellschaft GmbH (ein Tochterunternehmen der Stadtwerke) ein Projekt für eine Wohnnutzung erarbeitet. Ende 2005 wurde dieses Projekt mit einer Bebauung von ca. 10 - 13 Einfamilienhäusern dem Ortsbürgermeister und den Ortschaftsratsmitgliedern von Stotternheim vorgestellt. Für diese Nachnutzung des Freibades gab es eine positive Stellungnahme.

Beachtet werden sollte bei einer Bebauung, dass der Baumbestand und ein Teil der Grünflächen für die Öffentlichkeit erhalten bleibt. Die Vermarktung und der Erlös des ehemaligen Freibades Stotternheim ist Bestandteil des Finanzierungskonzeptes "Nordbad Erfurt".

Die Thüringer Projektgesellschaft GmbH hat am 13.09.2007 bei der

Stadt einen Antrag für einen Bebauungsplan und die Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gelände des ehemaligen Freibades Stotternheim gestellt. Weder der Oberbürgermeister noch seine zuständige Verwaltung reagierten auf diesen Antrag. Erst mit dem Einreichen einer CDU-Vorlage für den Stadtrat im März '08 fanden im Februar '08 erste Gespräche im Dezernat Stadtentwicklung und Umwelt statt. Die CDU wollte mit ihrer Vorlage nur eine Bebauung im Bereich des Schwimmbeckens und auf den Flächen der Umkleidekabinen sowie dem Bademeistergebäude zulassen. Mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes sollte z. B. betreutes Wohnen oder Mehrgenerationswohnen Inhalt der Planung sein. Dies hätte zur Folge, dass der Erlös aus der Vermarktung das Finanzierungskonzept "Nordbad Erfurt" ge-

fährden würde.

Im Ortschaftsrat Stotternheim gab es keine einstimmige Zustimmung zur CDU-Vorlage. In der Stellungnahme vom Dezernat Stadtentwicklung und Umwelt wurde die Vorlage der CDU befürwortet.

Unsere Fraktion beantragte in der Stadtratssitzung am 23.04.2008 eine getrennte Abstimmung der zwei Beschlusspunkte der CDU-Vorlage. In Punkt 1 der Vorlage wird die Verwaltung beauftragt, einen Bebauungsplan für das ehemalige Freibad Stotternheim aufzustellen. Dies fand die Mehrheit des Stadtrates. Der Punkt 2 mit der Eingrenzung der Bebaubarkeit, wie oben erwähnt, fand nicht unsere Zustimmung. Das Baugesetzbuch lässt eine Bebaubarkeit einer Baufläche von max. 40 % sowieso nur zu.

Mit unserem Abstimmverhalten wollten wir das Finanzierungskonzept für das Nordbad nicht gefährden, da wir uns für den Erhalt und die Sanierung des Nordbades eingesetzt haben.

*Peter Stampf*

## Im Jahr 2009 werden in weiteren Ortschaften Ortsbürger- meister gewählt.

Diese Tatsache bewog unser en Stadtrat Klaus Schmantek, folgende Anfrage zu stellen:

Nach Beschlusslage der Hauptsatzung wird im 2. Halbjahr 2009 in weiteren acht Ortsteilen die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Das heißt, es werden Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte gewählt.

### Frage:

Wie ist dazu der Stand der inhaltlichen und materiell-räumlichen Planung einzuschätzen?

### Antwort

In Vorbereitung der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses I 022/04 im Jahre 2009, nach den Kommunal-



wahlen, sind folgende Schritte veranlasst:

1. Festlegung der Räumlichkeiten für den Ortsbürgermeister/Ortschaftsrat (in der Regel im Gebiet günstig gelegener Schulen),
2. Aufnahme der vorbereitenden Planungen für gegebenenfalls Umbau bzw. Anpassung der Räumlichkeiten und Aufstellung der Kosten für die Haushaltsplanung 2009,
3. Planung der Kosten für die Einrichtung zur Arbeitsfähigkeit der Ortschaftsräte im Haushaltsplan 2009,
4. Einstellung der nötigen Kosten für Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder etc.
5. Anmeldung für die Haushaltsplanung 2009 für zusätzlich 2,0 Vollbeschäftigteneinheiten (VbE) zur Betreuung, analog der bisherigen Ortschaften.



Dass man große Bäume im Uferbereich erhalten kann, zeigt das Beispiel der 4 Kastanien am Venedig, die erst gefällt werden sollten, weil sie die Ufermauern beschädigten und die Standsicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Der Bauausschuss beschloss den Erhalt der 4 Kastanien und stellte die notwendigen finanziellen Mittel für die Sanierung der Ufermauer und für die Standsicherheit der Bäume zu Verfügung. Wenn man will, können auch die Bäume an der Rathausbrücke erhalten werden.

*Peter Stampf  
Vorsitzender des  
Ausschusses Bau und Verkehr*

## Die Stadt erhält eine neue Rathausbrücke

### Gute Einfügung ins Stadtbild wird vorausgesetzt

Im Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt, Bau und Verkehr wurde der Auslobungstext zur Durchführung des Wettbewerbes "Rathausbrücke" zugestimmt.

Die Rathausbrücke ist eine von 240 Brücken, die die Wasserläufe und Straßen in der Stadt überspannen. 100 Brücken führen allein innerhalb der Stadt über die Gera und ihre Verzweigungen. Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Mühlestege und der Turm der ehemaligen westseitigen Benediktikirche abgerissen, um Baufreiheit für die Planung und Umsetzung für den neuen Straßenzug Rathausbrücke zu schaffen. 1895 wurde die Rathausbrücke errichtet, um die historische Krämerbrücke vom Fahrverkehr, aber auch von erheblichen Fußgänger-verkehr zu entlasten. Ihre heutige Erscheinung ist das Ergebnis des Umbaus von 1970.

Da die Rathausbrücke den heutigen Anforderungen (Tragfähigkeit) nicht mehr entspricht, muss sie durch einen Neubau ersetzt werden. Für den Neubau dieser Brücke mit der historischen Krämerbrücke im Hintergrund wird ein Realisierungswettbewerb "Rathausbrücke" durchgeführt. Inhalte des Wettbewerbes sind der Neubau der Rathausbrücke, die Neugestaltung des Benediktplatzes und der Anschluss zum Wenigenmarkt.

Ziel des Wettbewerbes ist, dass die

Anwohner- und Kurzzeitparkplätze auf der Rathausbrücke zu Gunsten der Besucher, Stadtspaziergänger und Radfahrer nicht mehr zugelassen werden.

Als Ausgleich für die ca. 20 Anwohnerparkplätze die wegfallen, werden weitere Anwohnerparkplätze auf dem Rathausparkplatz ausgewiesen.

Die Brücke wird in einer Breite von ca. 11,50 m errichtet, für das Oberflächenmaterial werden Asphalt, Beton und Naturstein zum Einsatz kommen.

Bestandteil der Planung ist auch eine neue Straßenbeleuchtung. Im Text des Realisierungswettbewerbes ist beschrieben, dass sich auf der Mittelinsel schätzenswerte Bäume mit einer Baumhöhe bis zu 20 m und einen Kronendurchmesser bis zu 16 m befinden. Das Wurzelwerk wirkt sich negativ auf die Stabilität der Unterbauten dieser Brücke aus. Diese Bäume stehen zum Teil im erwartenden Baufeld und können gegebenenfalls unter Bautätigkeit nicht erhalten werden.

Ich habe die Forderung an die Verwaltung gestellt, unter allen Umständen die Bäume zu erhalten. Wenn man den Erhalt der Bäume seitens der Stadtverwaltung will, können sie während der Bautätigkeit geschützt werden, so dass es beim Neubau der Brücke zu keiner Beeinträchtigung der Stabilität der Unterbauten kommt.

### Erster Schritt getan – Beschlusskontrolle

Nachdem im Stadtrat am 10.04.08 die Unterstützung der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr beim unentgeltlichen Zugang zu den Bädern beschlossen wurde (unser Antrag), gab es zur Überbrückung bis zur vollständigen Einordnung in den städtischen Haushalt eine erste Zwischenlösung. Alle Wehrführer erhielten zur Weitergabe an die Kameraden je 20 Eintrittskartenblocks mit 15 Tickets.

*Klaus Schmanteck*

### Nummer, Vorname, Name – Ablehnung – Enthaltung – Bestätigt

Wer mit dieser Überschrift nichts anfangen kann, hat was verpasst: Nämlich die Bestätigung von 425 Schöffinnen. (Pardon 424, einer fiel durch) Der Vorsitzende des Stadtrates spulte den Reim der Titelzeile tatsächlich 425 mal so ab und hatte am Ende Fransen an der Zunge. K.S.

### Merkwürdiges von Dr. T.

"Jede Verwaltung weiß, wann sie den Nebelwerfer einsetzen muss." Hierbei ging es um Informationen der Verwaltung an die Ausschüsse.

#### Impressum

"Gläsernes Rathaus" ist ein Informationsblatt der Fraktion DIE LINKE im Erfurter Stadtrat  
99084 Erfurt, Fischmarkt 1  
Tel.: 6552050, Fax: 6552051  
E-Mail: die-linke-fraktion@erfurt.de  
V. i. S. d. P.: Karin Landherr

**S**ag mir, wo die Blumen sind . . .?" Frau Lukas singt dieses weltbekannte Lied vor dem sowjetischen Ehrenmal auf dem Erfurter Hauptfriedhof. Wohl noch nie haben die zahlreichen Teilnehmer der Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung dieses Liedes so verinnerlicht, wie an jenem 8. Mai 2008. Unter den Anwesenden waren der Oberbürgermeister Andreas Bausewein, der Thüringer DGB-Vorsitzende Steffen Lemme, Wolfgang Nossen, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Thüringen und Roland Hahnemann, Landesvorsitzender der VVN/BdA



## 8. Mai – Tag der Befreiung, nicht der Tag der Kapitulation

Thüringen.

Dr. Martin Kummer, der Vorsitzende der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen e.V., betonte in seiner Begrüßungsansprache, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war und nicht der Kapitulation, wie man heute immer öfters hört. Der zweite Weltkrieg habe über 50 Millionen Menschenleben gekostet: Soldaten, Frauen, Männer, Kinder, aber auch Millionen Juden



und Häftlinge aus Deutschland und ganz Europa in den faschistischen Konzentrationslagern. Und diesem Verbrechen haben sowjetische, amerikanische und englische Soldaten ein Ende gesetzt. Dafür seien wir noch heute dankbar und werden ihrer und allen Opfern an jedem 8. Mai gedenken.

Herr Schuster von der Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsgesellschaft e. V. erinnerte daran, dass die Befreier große Opfer gebracht haben. In Thüringen seien es die Angehörigen der US-Armee gewesen, die uns die Freiheit brachten.

Ihnen verdanken auch Tausende von Häftlingen der Außenlager des KZ-Buchenwald ihr Leben. Dafür sollten wir den Soldaten für immer dankbar sein. Sechs Jahre Frieden in Zentraleuropa haben gezeigt, dass die Menschen unterschiedlichster Länder in Frieden miteinander leben können. Dazu trage auch die Tätigkeit in den Freundschaftsgesellschaften bei.

Stalin Polowoi aus Russland trug dann sein Gedicht zum Tag des Sieges vor, das mit den Worten endete: Wir schwören: Nie wieder Krieg! Menschen auf der ganzen Welt sagt Ja zum Frieden und Nein zum Krieg.

Frau Lukas, ehemalige Russischlehrerin, erzählte dann von einem Erlebnis, das sie und einige Freundinnen während eines Studienaufenthaltes in Moskau hatten:

Es war am 9. Mai 1978. Wir schlenderten durch den Gorki-Park und sahen, wie sich ehemalige Soldaten der Roten Armee umarmten. Es war der Jahrestag des Sieges. Nur ein alter Mann stand ganz allein und rief

unter Tränen: "Gibt es den niemanden mehr, der mich noch kennt?"

Obwohl wir uns geschworen hatten, an diesem Tag kein Wort Deutsch zu sprechen, ging ich zu dem Mann, sagte ihm, wer ich bin, woher ich komme, was ich mache und umarmte ihn. Dann erfuhr ich, dass er allein war, seine Angehörigen im Krieg verloren und nun gehofft hatte, jemandem aus seiner ehemaligen Kompanie zu begegnen. Aber es sei



offensichtlich keiner mehr da. Als er sich ein wenig beruhigt hatte, sagte er zu mir, ich solle immer dafür eintreten, dass es nie wieder Krieg geben würde. Ich habe es ihm versprochen. Und ich habe mein Versprechen bis heute nicht vergessen. Dann griff sie zu ihrer Gitarre und sang das (in der DDR) wohl bekannteste russische Kinderlied "Immer lebe die Sonne . . ."

Ich gestehe: Auch mir wurden, wie vielen anderen, die Augen feucht. Noch nie hat mich eine Gedenkveranstaltung an dieser Stelle so ergriffen . . .

*Helmut Kropf*

*Fotos: Reinhard Duddek*



**Wir diskutieren unser Programm:**

## Wenn Produktionsziele von Kapitalinteressen diktiert werden

Ich bin kein Mitglied der Partei, aber ich denke, dass sich niemand der Verantwortung der Epoche – oder wie Goethe schrieb, den “Forderungen der Epoche” – entziehen kann, dass jeder Mensch sich zum Grundgesetz der Epoche bekennen muss und dessen Forderungen als die eigenen anerkennen muss.

Das gilt natürlich in einem hohen Maße für eine Partei, die sich, wie Werner Büchner in dem Beitrag “Friedrich Engels über den Geschichtsprozess” beschreibt, bemüht, vorhandene Missverständnisse auszuräumen.

Es gibt Verständigungsschwierigkeiten bei der “Beurteilung der Prozesse, die sich vor unseren Augen abspielen”, schreibt Büchner. Ich teile diesen Standpunkt. Doch woher kommen sie? Wie verhindern wir deren Verschleierung?

Am 1. Oktober 1944, wenige Wochen vor seiner Ermordung, schrieb der Kommunist Albert Kuntz an seine Frau:

“... Die jetzige Epoche will mit vollem Bewusstsein durchlebt werden. Apathische Menschen werden willenlos in den Strudel der Zeit gezogen und gehen in ihm unter wie im Sumpf.

Starke selbstbewusste Menschen richten sich auf und finden Anschluss ans neue Zeitgeschehen, um in ihm positiv zu leben. Ganz Mutige und Kühne sind dabei die Pioniere der neuen Zeit. Jedem das Seine. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, dass jeder Mensch nur lebt, wie er möchte. Die Verhältnisse bedingen seinen Platz und seine Rolle und stehen oft im Widerspruch zu seinem Wollen, aber alle leben wir in einer großen Zeit, die ganze Kerle erfordert.”

Warum ein neues Parteiprogramm? Leider kenne ich die Eckpunkte des Entwurfs nicht. Deshalb nur einige Anmerkungen zu den vorgeschlagenen Diskussionspunkten.

Zu den Interessen und Wertorientierungen müsste man sich verständigen, woher die Widersprüche kommen und worin die gesellschaftlichen Widersprüche unterschiedlicher Interessen bestehen. Wenn wir von Eigentum sprechen, meinen wir ja im Allgemeinen “Eigentum an Produktionsmitteln”. Das ist richtig. Wie aber definieren wir das Eigentum großer kulturell-geistiger Bewegungen (Kunst, Kultur, Sport, Kirche)?

Wie kann die Wirtschaft demokratisiert werden? Diese Orientierung ist

aussichtslos, solange Produktionsziele von Kapitalinteressen diktiert werden und die Praxis der sozialistischen Länder als Beispiel für die Lösung dieser menschlichen Grundfragen im Leben verleumdet wird. Eine solche Forderung würde tief in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingreifen. Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift... .

*Manfred Wozniak*

### Zur Aktualität des Marxismus:

#### Es muss doch etwas faul sein

Liebe Leser dieser Rubrik. Bisher haben wir an dieser Stelle Texte von Karl Marx und Friedrich Engels jeweils kommentiert bzw. mit der heutigen Realität verglichen.

Darauf wollen wir zukünftig verzichten. Wir vertrauen darauf, dass ihr solche Vergleiche selbst anstellt und euch eigene Gedanken macht.

Da ist zum Beispiel dieser Text:

*“Es muss doch etwas faul sein im Innersten eines Gesellschaftssystems, das seinen Reichtum vermehrt, ohne sein Elend zu verringern, und in dem Verbrechen sogar rascher zunehmen als seine Bevölkerungszahl.”* (Karl Marx in MEW 13/492)

## Der Betrieb der Zukunft – wie könnte er aussehen?

Das “sozialistische Eigentümerbewusstsein” war einer der Begriffe in der DDR, der, wie wir heute wissen, offensichtlich nie so richtig verinnerlicht worden ist. Dafür werden heute die unterschiedlichsten Erklärungen gegeben. Am häufigsten wird gesagt, dass die Arbeiter nicht direkt am Betriebsergebnis beteiligt waren und demzufolge nicht das Interesse daran zeigten, ihre Leistungen effektiv zu erhöhen. Typisch dafür: Auch wenn die Planvorgaben nicht erfüllt wurden, gab es die Jahresendprämien (wenngleich nicht in der gleichen Höhe wie beim Nachbarbetrieb).

Wie könnte oder müsste dieses Problem angegangen werden, wenn die kapitalistische Wirtschaft verändert

oder beseitigt werden würde? Ich halte es für denkbar, dass zum Beispiel Genossenschaften oder genossenschaftliches Eigentum die Produktionsform sein könnte.

Der erzielte Gewinn der Betriebe würde aufgeteilt in eine Abgabe an den Staat (Steuern), in eine Rücklage für Investitionen/Rekonstruktionen des Betriebes und in einen Betrag zur Gewinnbeteiligung der Beschäftigten. All das würde überwacht durch einen Betriebsrat, in dem die Beschäftigten anteilmäßig vertreten sind. Denkbar wäre auch, dass – analog zur DDR – ein Fond für die Betreuung der Betriebsangehörigen und deren Familien gebildet würde, um z. B. Urlaub oder Ferienlager für Kinder zu schaffen. “Was des Volkes

Hände schaffen, soll des Volkes Eigen sein” war ja einst eine Losung, die einen tiefen Sinn hatte.

Dass einige dieser Gedanken sich schon in der (DDR)Praxis bewährt haben, ist nicht zu bestreiten. Ob aber jeder Betrieb sein eigenes Ferienheim haben muss, seinen eigenen Betriebskindergarten oder sein eigenes Kinderferienlager, das ist eine Frage, die man überdenken müsste.

Fakt ist für mich jedoch, dass solche oder ähnliche Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten liegen würden und einen Anreiz zu maximalen Leistungen darstellen könnten.

Wäre dann lediglich die Frage zu klären, wie man diese Probleme in solchen Betrieben lösen müsste, denen eine hohe Wirtschaftlichkeit nicht auf Anhieb gelingt. Gleichmacherei wäre auf Dauer ein Wirtschaftshemmnis... .

*H. Kropf*

## Nicht viel Neues im Internet

Regelmäßig verfolge ich die Internetinformationen unserer Partei, um umfassend informiert zu sein. Während andere Gliederungen teilweise tagessaktuell auch über einzelne Beschlüsse und Ereignisse berichtet, lassen die entsprechenden Seiten in Erfurt z.B. für den Stadtvorstand kaum erkennen, dass er im letzten Jahr überhaupt gearbeitet hat, da es seit diesem Zeitpunkt keine veröffentlichten Beschlüsse mehr gibt. Gerade jetzt, in einer Zeit in der die nächsten Wahlen vorbereitet werden sollten, ist das Internet ein wertvolles Hilfsmittel.

Ich bin immer wieder begeistert, auf welche Art und Weise und Schnelligkeit DIE LINKE. in den westlichen Bundesländern tätig ist.

Nach meiner Auffassung sollte insgesamt darüber nachgedacht werden, ob es nicht möglich ist, unsere Seiten mit mehr Leben und Aktualität zu versehen.

*Rolf Rebhan*

*Die Kritik ist berechtigt. Der Stadtvorstand hat diesbezüglich bereits Aktivitäten unternommen, um das Erscheinungsbild und die Aktualität der Internetseite zu verbessern. Aber auch hier gilt (wie für die "Linke Depeche"): Vielseitigkeit der Informationen ist nur zu erreichen, wenn viele Genossinnen und Genossen mitarbeiten.*

*R. Duddek*

## Leiden kann ich euch nicht, aber wählen sollt ihr mich

Was sich da die Frau Prof. Schwan geleistet hat, ist schlicht und einfach unmöglich! Bundespräsidentin möchte sie werden und weiß, dass dies nur mit der LINKEN möglich ist, die sie jedoch nicht leiden kann.

Ich bin kein Mitglied Eurer Partei, aber seit vielen Jahren Sympathisant. Folglich steht es mir nicht zu, Euch Ratschläge zu geben. Meine Stimme würde sie jedoch auf keinen Fall bekommen.

Ich frage mich, was diese Frau für einen Charakter hat. Oder muss man heute so sein, wenn man nach oben kommen will? Wer so klug ist, dass er Professor wird, kann doch nicht ein solcher Kleingeist sein.

*Otto S.*



## Gedenken an Genossen Hans Lippe

Wie jedes Jahr am 26. April – seit dem Jahre 2002 – gedachte eine Delegation unserer Basisgruppe Herrenberg/Melchendorf unseres bei dem Amoklauf am Gutenberg-Gymnasium ermordeten Genossen Hans Lippe.

Auf dem Friedhof in Mönchenholzhausen legten wir, auch im Namen des Stadtvorstandes, ein Blumengebinde nieder, das die Aufschrift trug: "Hans, Du bleibst uns unvergessen". Hans war einer der umgekommenen Lehrer des Gymnasiums.

*Heide Huck*

## 60 Jahre Israel

Viele haben es sicher bemerkt, es gibt einige Veränderungen bei den Donnerstags-Kundgebungen des Erfurter Bündnisses für soziale Gerechtigkeit – Gegen Rechts-extremismus.

Am 15. Mai fand die vorerst letzte Kundgebung in der traditionellen Form statt. Herr Dr. Martin Borowsky von der Erfurter Deutsch-Israelischen Gesellschaft widmete sich der Problematik „60 Jahre Staat Israel“ und sprach auch mit Hochachtung von der Rede Gregor Gysis vor der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu dieser Problematik. Seit dem nutzt das Bündnis die donnerstäglichen Nach-



mittagsstunden, um sich in die Unterschriftensammlung des Volksbegehrens einzubringen.

Doch die Donnerstags-Demo ist nicht tot. Die Kundgebungen werden weiter gehen. Nur der Rhythmus, in dem sie stattfinden, wird ein anderer. Ab sofort findet die Kundgebung mit Rednern an jedem 1. Donnerstag eines Monats auf dem Anger statt – wie gewohnt um 17.00 Uhr. Im Juni ist das also der 05.06.08. An diesem Tag wird die Kundgebung unter dem Motto stehen: „Raus aus der Schule und was nun?“ Dann findet sie wieder am 3. Juli statt und so weiter. Das Bündnis hat an Euch aber auch die Bitte, uns weiter zu unterstützen und durch zahlreiche Teilnahme zu helfen, den Anger zu füllen.

*Reinhard Duddek*



## Woran denken Politiker?

Wer hätte das gedacht: Dieselkraftstoff ist mittlerweile genau so teuer wie Benzin! Wer das vor 10 Jahren vorausgesagt hätte, dem hätte man einen Vogel gezeigt. Aber warum ist das so? Offensichtlich macht die Beimischung von Raps- und sonstigen Pflanzenölen den Diesel teurer. Schließlich kosten Anbau, Pflege, Ernte und Verarbeitung der Pflanzen zu Bio-Kraftstoff mehr als der Betrieb einer Ölförderanlage. Und alles, was etwas kostet, wird auf die Preise "umgeschlagen". Wir merken das ja auch bei den Brotpreisen, die wegen der steigenden Kraftstoffpreise in die

## Daten, die Geschichte sind

### 06.06.1999:

PDS-Schatzmeister Dietmar Bartsch teilt mit, dass die Treuhand von der PDS 70.003.440 DM fordert.

### 07.06.1923:

Faschistische Provokation fordert in Leipzig 18 Tote.

### 15.06.1993:

Bundestagsgruppe der PDS bringt einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Wahlrechts ein, der Wahlalter ab 16 Jahren, Wahlrecht für Ausländer und Änderung der 5 % Klausel vorsieht.

### 16.06.1948:

Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD).

### 17.06.1953:

Höhe klettern. Und wir werden das noch deutlicher merken!

Wenn es normal zugehen würde auf der Erde, dann würde man alles daran setzen, nach Möglichkeiten zu suchen, Kraftstoffe einzusparen. Ideen gibt es seit Jahren genug – aber warum sie verwirklichen, wenn man gegenwärtig Milliarden an Gewinnen erzielen kann? Und es ist doch viel angenehmer, in der Welt herum zu reisen und Kongresse zur Energiepolitik zu besuchen – außer Spesen nichts gewesen...

Ich frage mich immer öfter, was Regierende so denken. Offensichtlich auf keinen Fall daran, was man der-einst über ihre "Leistungen" sagen wird. Von meinen Vorfahren hörte ich immer wieder, dass ich es einmal besser haben sollte als sie. Die Nachkommen von Politikern und Bossen erben zumindest viel Geld...

Arbeitsniederlegungen wegen Normenerhöhungen, Demonstrationen gegen SED-Führung, aber auch Brandstiftungen, Plünderungen und Angriffe auf Gefängnisse.

### 17.06.1993:

Bundestagsabgeordnete der PDS fordern die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die ersatzlose Streichung des § 218.

### 20.06.1948:

– Separate Währungsreform in den 3 Westzonen besiegelt die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands.

– Die Friedenskämpfer Ethel und Julius Rosenberg in den USA auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet.

## Helden-Lyrik

Tritt ein Mann der Politik,  
weil Mist gebaut, vom Amt zurück,  
dann gab es Monate davor,  
in denen täglich er beschwor,  
er lebe fehlerfrei, korrekt,  
und könne feierlich geloben:  
Was auch meinen Ruf befleckt,  
es ward mir alles unterschoben!  
Und alle seine Amtskollegen  
springen bei, den Ruf zu pflegen:  
Der Milbradt ist ein Ehrenmann,  
dem Können man bestät'gen kann,  
Charakter hat er und Courage,  
sein Rücktritt nie eine Blamage,  
sondern ganz das Gegenteil:  
Der Schritt dient seines Volkes Heil!  
So hört man es im Milbradt-Falle –  
Warum geh'n, wie er, nicht alle . . . ?  
- hekro -

## Angekreuzt und unterstrichen

### 06.06.08:

18:00 Uhr, DIE LINKE Gottes, Kleine Synagoge

### 07.06.08:

13:00 Uhr, Magdeburger Alleefest

### 09. – 15.06.08:

10:00 – 18:00 Uhr, Aktionswoche „Mehr Demokratie“

### 09.06.08:

15:00 Uhr, AG Kultur, Geschäftsstelle

### 11.06.08:

15:00 Uhr, Erfurter Ringvorlesung mit Gregor Gysi, Universität, Nordhäuser Straße

### 14.06.08:

10:00 Uhr, Tag der offenen Tür im Thür. Landtag

### 16.06.08:

17:30 Uhr, Beratung Stadtratsfraktion

### 17.06.08:

14:00 Uhr, AG Senioren, Geschäftsst.

### 18.06.08:

17:00 Uhr, Stadtrat, Rathaus

### 19.06.08:

18:30 Uhr, Stadtvorstand, Geschäftsst.

### 20.06.08:

15:00 Uhr, AG Pol. Bildung, Geschäftsstelle

### 21.06.08:

10:00 Uhr, Workshop zu Formen und Methoden der pol. Bildungsarbeit, Geschäftsstelle

### 23.06.08:

11:00 Uhr, Trägerübergreifendes Persönliches Budget Was ist das? Was soll es?, Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Stadtratsfraktion, Stadtwerte, Magdeburger Allee 34

### 25.06.08:

14:30 Uhr, Ehrung langjähriger Parteimitglieder, Geschäftsstelle

17:00 Uhr, Beratung der BO-Vorsitzenden, Geschäftsstelle

### 28.06.08:

10:00 Uhr, Politischer Frühschoppen, Geschäftsstelle

## EINLADUNG

Die nächste Versammlung  
unserer Basisgruppe .....

findet am .....

um ..... Uhr statt.

Wir treffen uns in

.....

Vorsitzende(r)

## Impressum

„Linke Depesche“ ist die Mitgliederzeitung des Stadtverbandes DIE LINKE. Erfurt.

Sitz der Redaktion: 99085 Erfurt, Eugen-Richter-Straße 44, Tel.: 60 111 50; Fax: 60 111 51; E-Mail: info@die-linke-erfurt.de

V.i.S.d.P.: Helmut Kropf  
Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Leserzuschriften notfalls zu kürzen.

„Linke Depesche“ erscheint einmal im Monat, abhängig von den Terminen der Ratssitzungen.

Druck: Paper-Pakt Erfurt